

kfbö dankt Generalsekretär Schipka und fordert: Amt für Laien öffnen

Frauenbewegung sieht im bevorstehenden Wechsel an der Spitze des ÖBK-Generalsekretariats einen guten Anlass, die Statuten zu überdenken und erinnert an den synodalen Auftrag der Kirche

Wien, 14. September 2026 — Mit der Nachricht, dass Peter Schipka sein Amt als Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz (ÖBK) mit Ende November auf eigenen Wunsch zurücklegt, reagiert die Katholische Frauenbewegung Österreichs (kfbö) mit Dank an den scheidenden Generalsekretär und mit einem konkreten Reformvorschlag für seine Nachfolge.

Danke für 15 Jahre Zusammenarbeit

Die kfbö bedankt sich bei Peter Schipka für die konstruktive Unterstützung, die die Frauenbewegung in den vergangenen Jahren bei der Organisation ihrer Arbeit von seiner Seite erfahren hat. *„Peter Schipka war für uns immer ein verlässlicher und offener Ansprechpartner an der Schnittstelle zwischen Bischofskonferenz und katholischen Organisationen. Für diese Unterstützung sind wir sehr dankbar und wünschen ihm für seine neue Aufgabe an der KPH alles Gute“*, so die kfbö-Vorsitzende Angelika Ritter-Grepl.

Guter Anlass: Amt für Laien öffnen

Der bevorstehende Wechsel sei aus Sicht der kfbö ein guter Anlass, die Statuten der Bischofskonferenz zu überdenken. Aktuell ist das Amt des Generalsekretärs faktisch Priestern vorbehalten — Peter Schipka etwa ist Priester der Erzdiözese Wien und promovierter Theologe wie Jurist. Die kfbö fordert, künftig auch qualifizierten Laien den Zugang zu diesem zentralen Leitungsamt zu ermöglichen.

„Es ist an der Zeit, dass die Bischofskonferenz ihre eigenen Statuten so öffnet, dass dieses wichtige Amt auch von Laien, Frauen wie Männern, besetzt werden kann. Andere Bischofskonferenzen zeigen längst, dass das möglich ist: In Deutschland leitet mit Beate Gilles seit 2021 eine Laiin als Generalsekretärin erfolgreich das Sekretariat der Bischofskonferenz, in Südafrika stand mit Sr. Hermenegild Makoro über Jahre eine Ordensfrau an der Spitze des Generalsekretariats. Und die Nordische Bischofskonferenz zeigt seit 1995 vor, dass es geht: Sr. Anna Mirijam Kaschner unterstützt seit 2009 als Generalsekretärin die katholischen Bischöfe von Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island und hat als Teilnehmerin der Welsynode in Rom selbst erlebt, wie ernst der synodale Prozess die Frage kirchlicher Ämter für Frauen nimmt. Es gibt also keinen zwingenden Grund, warum das in Österreich anders sein muss“, erklärt Angelika Ritter-Grepl.

Schwerpunkt der kfbö: Synodalität auch strukturell umsetzen

Für die kfbö ist die Frage der Statuten Teil eines größeren Anliegens: der Weiterführung des synodalen Prozesses. Die Frauenbewegung sieht es als einen ihrer zentralen Schwerpunkte, den synodalen Prozess in Österreich aktiv voranzutreiben und fordert, dass auch die Bischofskonferenz selbst die Prinzipien der Synodalität in ihren eigenen Strukturen sichtbar macht.

„Synodalität darf sich nicht auf Gesprächsformate beschränken, sie muss sich auch in Strukturen und Ämtern niederschlagen. Wenn die Bischofskonferenz den synodalen Weg für sich selbst in Österreich glaubwürdig

umsetzen will, dann gehört die Frage, wer ihr Generalsekretariat leiten darf, ganz oben auf die Tagesordnung“,
so Ritter-Grepl weiter.

Die kfbö kündigt an, das Thema im Vorfeld der Vollversammlung der Bischofskonferenz im November in Salzburg aktiv an die Bischöfe heranzutragen, und lädt die Verantwortlichen zum Dialog über eine zeitgemäße Öffnung des Amtes ein.

Gerade Frauen wie Sr. Anna Mirijam Kaschner, die als Generalsekretärin einer Bischofskonferenz zugleich aktiv am synodalen Prozess der Weltkirche mitgewirkt haben, zeigen laut kfbö, dass Leitungsverantwortung und synodale Kompetenz von Frauen längst gelebte kirchliche Praxis sind und in Österreich stärker sichtbar werden sollten.